

Medienmitteilung

Thema	Produktegruppen Budget 2010: Sparen Ja, Populismus Nein
Für Rückfragen	Michael Köpfl i (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	07.09.09

Produktegruppen Budget 2010: Sparen Ja, Populismus Nein

Die Grünliberale Fraktion anerkennt, dass die Stadt Bern unter grossem Spardruck steht, da sonst in den kommenden Jahren eine massive Neuverschuldung droht. Sparmassnahmen müssen schon heute erfolgen und nicht erst dann, wenn die neuen Defizite bereits Tatsache sind. Die Grünliberalen lehnen allerdings populistische Forderungen, wie sie in den letzten Tagen teilweise publik gemacht wurden, entschieden ab. Mittelfristig muss auch die Steuerbelastung in der Stadt Bern gesenkt werden. Aus Gründen der Nachhaltigkeit kann dies aber erst dann geschehen, wenn die Schulden möglichst vollständig getilgt sind.

Die Stadt Bern hat nach wie vor hohe Schulden. Das Budget, welches der Gemeinderat dem Stadtrat in der kommenden Woche vorlegt, ist scheinheilig. Zwar ist dieses ausgeglichen und es wird (dank ewb) erneut ein Teil des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags abgetragen. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) zeigt aber schon heute, dass in den kommenden Jahren eine massive Neuverschuldung droht. Die Grünliberalen halten es daher für unverzichtbar, schon heute gezielt Sparmassnahmen einzuleiten. Die glp-Fraktion hat daher eine Reihe eigener Sparanträge eingereicht (siehe Beilage) und sie wird auch einzelne Anträge von anderen Fraktionen unterstützen. Populistische Forderungen wie bspw. die Streichung ganzer Dienststellen im Rahmen der Budgetdebatte, lehnen die Grünliberalen hingegen klar ab. Auch zusätzliche Ausgaben, wie sie teilweise gefordert werden, kommen nicht in Frage.

Einsparungen müssen vollständig in den Schuldenabbau fließen

Die Grünliberalen sind optimistisch, dass es mit der neuen Zusammensetzung des Stadtrates möglich ist, konstruktive und nachhaltige Sparmassnahmen zu beschliessen. Ziel soll dabei primär der Abbau von Bürokratie und die Förderung der Effizienz sein und nicht der Leistungsabbau. Das dadurch eingesparte Kapital soll vollumfänglich für die Abtragung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags verwendet werden. Einen entsprechenden Antrag werden die Grünliberalen am Ende der Budgetdebatte stellen.

Schuldenabbau vor Steuersenkungen

Die Grünliberalen gehen mit den bürgerlichen Parteien zwar einig, dass die Steuerbelastung in der Stadt Bern zu hoch ist. Die glp-Fraktion ist allerdings entschieden der Meinung, dass Steuersenkungen nachhaltigen Charakter haben müssen und erst dann ins Auge gefasst werden dürfen, wenn der Bilanzfehlbetrag möglichst vollständig abgeschrieben ist. Keinesfalls aber darf eine Steuersenkung zu Neuverschuldung führen.